Lutz Klinkhammer

Staatliche Repression als politisches Instrument

Deutschland und Italien zwischen Monarchie, Diktatur und Republik

1. Zur Fragestellung

Auch wenn „Repression“ sowohl im deutschen wie im italienischen Sprachgebrauch ein selbstverständlicher Begriff zu sein scheint¹, der zudem die italienische Debatte um den Charakter des liberalen Staats bestimmt², dürfte eine inhaltliche Klärung angebracht sein. Unter Repression verstehe ich eine Herrschaftstechnik, die einerseits auf die Unterdrückung, gleichzeitig aber auch auf die Entlegitimierung von oppositionellem Verhalten abzielt. Sie ist das Spezifikum einer säkularisierten Massengesellschaft, welche sich als Ansammlung von Individuen versteht, deren Zusammenhalt vom Staatszweck abhängig und durch eine Verfassung formuliert ist. Mit Opposition meine ich die sichtbare Verweigerung von Gefolgschaft, nicht die Äußerung politischer Programme und Pläne von seiten alter-

¹ Obwohl er Titel und Gegenstand der Studie bestimmt, fehlt eine inhaltliche Bestimmung dieses Begriffs bei *Ferdinando Cordova*, *Democrazia e repressione nell'Italia di fine secolo*, Bulzoni Editore (Roma 1983). Ein entsprechendes Lemma ist auch in den sechs Bänden der *Enciclopedia dell'Antifascismo e della Resistenza*, Teti Editore (Milano 1969–1987) nicht zu finden.

² Siehe dazu das Einleitungskapitel „La natura del progetto liberale“ von *Raffaele Romanelli*, *Il comando impossibile. Stato e società nell'Italia liberale*, Il Mulino (Bologna 1988). Der Band vereint vier bereits an anderer Stelle publizierte Aufsätze des Verfassers. Romanelli, der ein positives Urteil über die modernisierende Natur des „liberalen Projekts“ mit seiner fast naturgegebenen Widersprüchlichkeit („il comando impossibile“, d. h. „der Befehl, frei zu sein“) zu fällen versucht, weist zu Recht darauf hin, daß zu oft die zeitgenössischen Polemiken ungeprüft bis heute die historiographische Debatte bestimmen. Eine empirische Einlösung dieses Defizits kann Romanellis Beitrag, in dem indirekt für ein Ende der italienischen Version der Sonderwegsdebatte plädiert wird, allerdings auch nicht für sich beanspruchen. Ein ganz anderer Ansatz und ein weit weniger optimistisches Bild Italiens im 19. Jahrhundert findet sich hingegen bei *John A. Davis*, *Legge e ordine. Autorità e conflitti nell'Italia dell'800* (Milano 1989, engl. Orig. 1988 u.d.T.: *Conflict and Control. Law and Order in Nineteenth-Century Italy*). Es ist kein Zufall, daß sich hier italienische und angelsächsische Position gegenüberstehen. Die Studie von Davis ist zweifellos eine der besten Überblicksdarstellungen zu unserem Thema.

nativer Eliten, die den grundsätzlichen Rahmen des bestehenden Systems nicht in Frage stellen.

Während die Unterdrückung oppositionellen Verhaltens über militärische und polizeiliche Apparate abläuft, so stellt die Entlegitimierung von nicht erwünschtem Verhalten auf die Definition von Andersartigkeit ab, auf einen juristisch wie publizistisch zu fixierenden Verhaltenskodex³. Eines der wichtigsten Mittel dieser Repression ist die Formulierung von parlamentarisch verabschiedeten Ausnahmegesetzen oder von Staatsschutzparagraphen in den Strafgesetzbüchern. Die Skala der Instrumente der Repression reicht vom Berufsverbot (für bestimmte Gruppen) und vom Parteiverbot über Polizeihaft, Schutzhaft, „confinio di polizia“, Verbannung bis hin zum Spezialgericht, Kriegsgericht, Standgericht bzw. zum Belagerungszustand und zur militärischen Intervention.

Emigration aus allgemeingesellschaftlichen, d.h. überwiegend ökonomischen Motiven – deren Persistenz aber durchaus als Mittel angesehen werden kann, um die Lohnhöhe unter Kontrolle zu halten⁴ – fällt nicht unter die Kategorie der Repression. Zum Katalog repressiver Zwangsmaßnahmen gehört auch die forcierte Emigration, die faktisch in Formen der Vertreibung übergehen kann. Idealtypisch sind „außerordentliche“ Repressionssituationen, die einen massiven Rückgriff auf Militär und polizeiliche Gewalt erfordern, von Situationen der „normalen“ Repression zu unterscheiden, in denen mit Hilfe der staatlich dafür konzipierten Apparate, v.a. Polizei und Justiz, eine präventive wie repressive Gegnerbekämpfung stattfindet.

Repression als Herrschaftsinstrument machte in Kontinentaleuropa nicht an den Ländergrenzen halt, sondern gehörte zu den politischen Antworten auf fundamentale Herausforderungen des Transformationsprozesses seit 1789, deren Einsatz im deutschen wie italienischen Nationalstaat in parallelisierender Analyse betrachtet werden kann⁵. In der ersten Hälfte des hier zu betrachtenden Säkulums

³ Nicht thematisiert wird hier der große Komplex der innergesellschaftlichen Repression, z.B. gegenüber dem weiblichen Geschlecht im Rahmen der staatlichen Sittlichkeitsnormen und ihrer juristischen Auslegung, die unzweifelhaft als Form der obrigkeitlichen wie männergesellschaftlichen Gewaltausübung gedeutet werden können. Zu diesem Bereich: *Tanja Hommen*, Sittlichkeitsverbrechen: sexuelle Gewalt im Kaiserreich (Frankfurt a.M., New York 1999) sowie *Elena Zavaglia*, Abuso del corpo. La violenza sessuale nella Romagna-Toscana dell'Ottocento (Imola 1998) und *Tiziana Noce*, La legge contro la violenza sessuale: domande di oggi a processi di ieri, in: *Rivista di storia contemporanea* n.3 (1991) 423–450.

⁴ Von 1873 bis 1973 verließen ca. 26 Millionen Italiener ihre Heimat, um innerhalb von Europa bzw. nach Übersee auszuwandern. Dahinter stand ein sozio-ökonomisches Modell der Koppelung von innerer Stagnation mit äußerer Mobilität und Devisenbeschaffung, das die Emigration als „Sicherheitsventil“ in Kauf nahm: *Ercole Sori*, L'emigrazione italiana dall'Unità alla seconda guerra mondiale, *Il Mulino* (Bologna 1979) v.a. 119ff., 218ff. *Sergio Bologna*, Kontinuität und Zäsur in der Geschichte der italienischen Migrationsarbeit, in: *Cesare Bermani*, *Sergio Bologna*, *Brunello Mantelli*, Proletariat der „Achse“: Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943 (Berlin 1997).

⁵ Grundlegend hinsichtlich seiner methodischen Reflexion, seiner inhaltlichen Analyse und seines vergleichenden Ansatzes hierzu: *Christof Dipper*, Italien und Deutschland seit 1800: Zwei Gesellschaften auf dem Weg in die Moderne, in: *C. Dipper*, *L. Klinkhammer*, *A. Nüt-*

zwischen 1860 und 1960 kam es in Italien zu zwei einschneidenden Wellen der Repression. Die erste kann mit dem Stichwort „brigantaggio“ umrissen werden, die zweite mit dem „Staatsstreich des Bürgertums“ (U. Levra) in den 1890er Jahren. Die andere Hälfte des Untersuchungszeitraums war hingegen gekennzeichnet durch den militärischen Ausnahmezustand im Ersten Weltkrieg mit seinem exorbitant hohen Einsatz der Militärjustiz zur Bestrafung von Formen der Verweigerung und durch die systemimmanente Repression durch die faschistischen Regime. Waren die ersten beiden Phasen noch gekennzeichnet durch gezielte politische Maßnahmen, d. h. die Ausrufung des Ausnahmezustands und die Einschaltung einer meist militärischen Spezialjustiz, so kann für die Zeit des Faschismus von Wellen der Repression kaum gesprochen werden: Hier muß vielmehr von einem Kontinuum ausgegangen werden, das freilich beschleunigende wie verharrende Momente kannte.

2. Repression im Dienste der Nationalstaatsgründung

Am 21. Oktober 1860 fand das Plebiszit statt, mit dem das Königreich beider Sizilien mit dem Norden unter der Herrschaft Vittorio Emanueles II. vereint wurde. Dank einer umfangreichen literarischen Produktion von Stereotypen über den Zusammenprall zwischen ‚zivilisiertem‘ Nord-Italien und der ‚Barbarei‘ der neuen Länder im Süden war den Eliten des Nordens klar (und im Turiner Parlament wurde dies entsprechend diskutiert), daß ihnen die undankbare, aber patriotische Pflicht zukommen würde, mit einer strikten Anwendung der Gesetze die süditalienische Bevölkerung, die seit Jahrhunderten unter Korruption und Mißwirtschaft daniederlag, aus der Barbarei und dem Elend, aus dieser Vorhölle des neuen Italien herauszuholen⁶. Das Allheilmittel sollte neben der Schaffung eines straffen Zentralismus in einem massiven Einsatz des Militärapparats in den neuen Provinzen bestehen. Gleichzeitig wurden die Übergangsregime in Toskana, Sizilien und Süditalien abgeschafft.

Anfang April 1861 schlug Innenminister Minghetti im Turiner Parlament vor, zum Schutz der öffentlichen Ordnung die Truppenstärke und die Carabinieripräsenz zu erhöhen. Er verteidigte die Legitimität des Einsatzes der bewaffneten Macht mit dem Argument, „die aufrührerischen Orte niederzuhalten“. Minghetti selbst meinte, daß dem „politischen brigantaggio“ ein „räuberisches Brigantentum“ auf dem Fuß folgen und daß die Reste der zerschlagenen Banden schließlich

zenadel (Hrsg.), Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder (Berlin 2000) 485–503, insbesondere 497f.

⁶ So Daniela Adorni, Il brigantaggio, in: Storia d'Italia. Annali 12: La criminalità, a cura di Luciano Violante (Torino 1997) 283f. Zum „Kulturgegensatz“ zwischen Nord und Süd aus der Flut an „meridionalistischer“ Literatur herausgegriffen: Claudia Petraccone, Le due civiltà. Settentrionali e meridionali nella Storia d'Italia (Roma, Bari 2000).

von Straßen- und Raubüberfällen leben würden⁷. Die Botschaft lautete also, daß selbst der politisch geschlagene Feind noch gefährlich war, denn er war „kriminell“. Woran aber konnten der politische Feind und der Kriminelle erkannt werden? Für die nationalstaatlich gesinnten Politiker fiel die Antwort leicht: an ihrer Sympathie für die Bourbonenherrschaft.

Bourbonische Reaktion, garibaldinisch-demokratische Opposition und Brigantentum – dies waren die drei Bedrohungen, gegenüber denen sich der neue Staat mit einer Strategie der Entlegitimierung durch Kriminalisierung zur Wehr setzte: eine Begründung, die es erlaubte, die militärischen Strafexpeditionen zu rechtfertigen. Äußerer Feind (Bourbonen) und innerer Feind (Demokraten und Briganten) konnten nur beseitigt werden, indem man den Süden unter Militärgouvernement stellte, was im Sommer 1862 auch geschah, obwohl Cavour selbst noch kurz vor seinem Tod vor dem Mittel des Belagerungszustandes gewarnt haben soll⁸. In Neapel und Sizilien waren per Dekret schon im Februar 1861 das norditalienische Strafgesetzbuch samt zugehöriger Strafprozessordnung sowie das Gesetz über die Gerichtsverfassung eingeführt worden – also noch bevor es zur Eröffnung des Parlaments kam, was entsprechende Proteste in Sizilien hervorrief⁹. In Süditalien sollten mit dieser Maßnahme die parlamentarischen Verwicklungen vermieden werden, die die Einführung der neuen Justizverfassung in der Lombardei und der Emilia bewirkt hatten. Auch Minghetti war der Meinung, daß „ein bißchen soldatisches Vorgehen heilsame Medizin für dieses Volk sei“¹⁰. Der Ministerrat verabschiedete schon im Mai 1861 besondere Maßnahmen zur Kontrolle des Südens: Es wurden Proskriptionslisten von „Briganten und Wegelagerern“ erstellt, ferner konnten Justiz- und Verwaltungsbeamte abgesetzt werden, die die Regierung nicht unterstützten oder die „Hindernisse in der Amtsführung hervorriefen, sei es wegen parteiischer oder oppositioneller Gesinnung, sei es aus Schwäche oder aus anderen Gründen“. Destra wie Sinistra waren sich weitgehend einig, und Rattazzi schrieb kurz vor dem berühmten Massaker in Pontelandolfo: „Das Blut, das jetzt fatalerweise vergossen werden muß, ist ein großes Unglück, das

⁷ *Adorni*, Brigantaggio 284. Mit welcher Haltung die norditalienischen Soldaten nach Süditalien kamen, zeigt die zeitgenössische Darstellung von *Antonio Quaglia*, *Il popolo, la maggior parte sono camuristi. Diario militare e di costume, 1860–1870*, di Antonio Quaglia, bersagliere piemontese (Torino 1997), sowie aus eigenem Erleben als Gefangener der Briganten: *Johann Jakob Lichtensteiger*, *Quattro mesi fra i briganti, 1865–1866*, hrsg. von *Ugo di Pace* (Cava dei Tirreni 1984; ursprünglich 1894 erschienen unter dem Titel: *Vier Monate unter den Briganten in den Abruzzen*); *Jose Borjes*, *La mia vita tra i briganti*, hrsg. von *Tommaso Pedio* (Manduria 1998).

⁸ Andererseits soll er, wie Rosario Romeo aufgezeigt hat, geduldet haben, daß „im Kampf gegen das Brigantentum ‚keine Zeit damit verschwendet wird, Gefangene zu machen‘“. Brief Della Rocca an Cavour, 15. 1. 1861, zitiert nach *Rosario Romeo*, *Cavour e il suo tempo (1854–1861)*, Bd. III (Roma, Bari 1984) 871.

⁹ *Romeo*, Cavour III 871.

¹⁰ Minghetti an Farini, 15. 12. 1960 (*Romeo*, Cavour III 871).

traurige Erinnerungen hinterlassen wird: dennoch ist es eine schreckliche Notwendigkeit, der man sich zu beugen hat.“¹¹

Im neugegründeten Deutschen Reich brauchte man nach Königgrätz kein Blut im Innern mehr zu vergießen: Das Franzosenblut genügte, der gemeinsame äußere Feind überdeckte die Differenzen¹², doch was wichtiger war, um einen etwaigen hannoverschen oder süddeutschen „brigantaggio“ zu verhindern, waren die föderalen Strukturelemente des neugegründeten Reiches¹³ (mit seiner Konstruktion, daß es sich staatsrechtlich um den Zusammenschluß von Fürsten gehandelt habe) und die relativ weiten Prärogativen der traditionellen Herrscherhäuser in den einzelnen Gliedstaaten, die den Einigungsprozeß abfederten.

Die piemontesische Lösung der italienischen Einheit, die seit 1860 mit der Absetzung der alten Herrscherhäuser verbunden war, erwies sich hingegen als weit radikaler – auch für die Identitätsbildung bei den neugewonnenen Untertanen. Was die Lage in Süditalien weiter verschärfte, war die Tatsache, daß sich der vertriebene König Francesco II. unter der Protektion der Kurie im nahen Rom aufhielt. Ministerpräsident Rattazzi suchte das Problem zu verkleinern, indem er die eigentliche Bedrohung in einer ausländischen Verschwörung (im Vatikan nebst Österreich und Spanien) ausmachte, doch diese Linie der *Destra moderata* wich im Sommer 1862 einem harten militärischen Eingreifen vor Ort¹⁴, als Rattazzi den Oberkommandierenden La Marmora ermächtigte, gegebenenfalls den Belagerungszustand zu verhängen. Diese längst geforderte Blankovollmacht des Ministerpräsidenten an den General wurde binnen weniger Tage aktiviert und mit einem Dekret verbunden, in dem La Marmora die zivile wie die militärische Gewalt übertragen wurde. In Süditalien führte dies zu einer Militärdiktatur, die von der Furcht umgetrieben wurde, Garibaldi könne einen Aufstand der lokalen demokratischen Kräfte hervorrufen oder sogar ein Bündnis zwischen diesen und den traditionsverhafteten bäuerlichen Rebellen herbeiführen. Der Belagerungszustand wurde zwar nach drei Monaten wieder aufgehoben, nicht ganz zufällig zwei Tage vor Beginn der entsprechenden Parlamentsdebatte. Trotz La Marmoras „Erfolgsbilanz“ geriet Rattazzi ins Kreuzfeuer der Kritik, da die *Sinistra* die Nicht-

¹¹ Rattazzi an San Donato, 4. 8. 1861 (*Romeo, Cavour* III 872).

¹² Zu diesem Feindbild s. *Michael Jeismann*, Das Vaterland der Feinde: Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918 (Stuttgart 1992).

¹³ Auch nach dem Annexionsgesetz von 1866 traten die Abgeordneten der annektierten Staaten nicht etwa dem preußischen Abgeordnetenhaus bei, sondern es fanden Wahlen zu einem Norddeutschen Reichstag statt, nach allgemeinem Wahlrecht, in dem auch die neuen Territorien repräsentiert waren. Allerdings schloß Preußen mit den meisten Kleinstaaten Militärverträge ab, so daß deren Truppen in die preußische Armee integriert wurden (Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte, 5. Aufl., Bd. 2 (Berlin, Leipzig 1913) 690f.).

¹⁴ Schon Ricasoli hatte versucht, die Zustimmung Napoleons III., dessen Truppen in Rom saßen, für den Kampf gegen die Briganten zu erhalten. Doch erst Minghetti und sein Außenminister Visconti Venosta erhielten das französische Plazet – auch wenn es nicht zu einem förmlichen diplomatischen Abkommen kam – zu entsprechenden Vereinbarungen zwischen den Militärbehörden des *Regno d'Italia* und denen Frankreichs, um die Verfolgung der Briganten an den Grenzen zum Kirchenstaat vornehmen zu können.

Verfassungsmäßigkeit des Belagerungszustands und den Mißbrauch der Exekutive kritisierte. Die Moderati hingegen warfen ihm zu große Schwäche vor: Die Repressionsaktionen seien zu ineffizient, der „brigantaggio“ habe eine Verbreitung, die nicht mehr zu kontrollieren sei¹⁵. Bei den parlamentarischen Debatten um Polizei und öffentliche Ordnung scheinen Kontinuitätslinien auf, die bis in die Gegenwart reichen.

Im Sommer 1863 kam es schließlich auch zur Einführung eines parlamentarisch abgesetzten Ausnahmegesetzes, obwohl dieses Instrument innenpolitisch, wie wir gesehen haben, höchst umstritten war. Das ursprüngliche Gesetz passierte zwar nicht das Parlament, doch der Rechtsanwalt Giuseppe Pica legte eine verkürzte Fassung des Entwurfs vor, damit man nicht ohne Beschluß in die Sommerpause gehen möge. Das Paket von Ausnahmeregelungen sollte eine Dauer von 5 Monaten haben und war nur als Übergangslösung bis zur Verabschiedung eines präziseren Gesetzes gedacht. Es sah vor, daß Provinzen mittels königlichen Dekrets als „im Zustand des brigantaggio“ befindlich deklariert werden konnten. Dort wurden alsdann Militärtribunale eingerichtet. Bei bewaffnetem Widerstand war die sofortige Füsilierung der Aufständischen vorgesehen. Für Vagabunden, Arbeitslose, Verdächtige und „Helfershelfer“ (manutengoli, wörtlich Handlanger) konnte ein Zwangswohnsitz festgesetzt werden. Es folgten Massenverhaftungen sowie Exekutionen mit und ohne Prozeß. Die Kategorie der „manutengoli“ wurde sehr weit ausgelegt, so daß auch die politischen Gegner der Regierung hohe Strafen erhalten konnten. Minister Peruzzi sprach in der Parlamentsdebatte vom Dezember 1863 denn auch von einem „heilsamen Terror“¹⁶.

Die Ausnahmegesetze zur Unterdrückung des Brigantentums wurden bis 1865 mehrmals verlängert¹⁷, während der militärische Ausnahmezustand in Süditalien mit der Auflösung der „Militärzonen“ erst Anfang 1870 aufgehoben wurde. Der

¹⁵ Warum der süditalienische brigantaggio so verbreitet sei, erklärte ein General mit den Vorteilen, die er einem großen Personenkreis lieferte: Den Bauern und Pächtern sei er nützlich, weil die Eigentümer aus Angst vor den Briganten ihre Ländereien nicht kontrollierten und die bäuerlichen Pächter die Besitzer ungestraft übervorteilen konnten. Den Landarbeitern, die zu den Briganten stoßen konnten, um einen Teil der Beute zu erhalten, sobald sie eine Waffe erhielten; den Spionen und Helfershelfern, weil sie daran verdienten; den Großgrundbesitzern, weil sie mittels der Briganten ihre privaten Fehden austragen und eine Art von feudaler Oberherrschaft weiterhin ausüben konnten, die ihnen mit dem Fall der Bourbonenherrschaft genommen worden war; der Bourbonenpartei, weil das Land in Aufruhr blieb und ihrer Agitation Nahrung lieferte; vielen Angestellten der neuen Regierung, da sie gegen Belohnungen, die ihr Gehalt bei weitem überstiegen, Amtsgeheimnisse verraten und Briganten schützen konnten. Und was Bürgermeister und Nationalgarde angehe, so spiegelten diese Amtsträger ihre Wählerschaft entsprechend wider (zitiert nach *Adorni*, Brigantaggio 296).

¹⁶ *Adorni*, Brigantaggio 304f.

¹⁷ Die Legge Pica (n. 1409 vom 15. 8. 1863) war in Kraft vom 22. 12. 1863 bis Februar 1864, danach wurde sie aufgehoben, aber inhaltlich abgelöst von der legge Peruzzi n. 1661 vom 7. 2. 1864, die bis zum 30. 4. 1864 in Kraft war; sie wurde abgelöst von der legge n. 1742 vom 30. 4. 1864 bis Dezember 1864; diese wiederum von der legge n. 2061, die vom 24. 12. 1864 bis zum 31. 12. 1865 reichte.

Kampf um die Einigung erwies sich als folgeschwere Belastung für den jungen Einheitsstaat. Gleichzeitig war mit dem Instrument des Belagerungszustands das Muster geliefert worden, wie innenpolitische Repression im „liberalen“ Staat wirksam ausgeübt werden konnte. Wie einschneidend diese war, ist schwer zu sagen. Trotz einer Flut von Literatur zum „brigantaggio“ ist die archivalische Überlieferung noch nicht entsprechend ausgewertet worden, so daß es bislang keine zuverlässigen Zahlenangaben gibt – im übrigen ein generelles Problem der italienischen Geschichtswissenschaft, auch zum Ersten und Zweiten Weltkrieg. Weder die Zahl der waffentragenden Briganten noch die der Sympathisanten oder als Helfershelfer Etikettierten läßt sich bislang ausreichend beziffern¹⁸, auch nicht die der im Kampf eingesetzten Soldaten. Die Zahl der Verhafteten war jedenfalls beeindruckend hoch: Allein in der Provinz Catanzaro wurden Anfang des Jahres 1864 jede Woche etwa 300 Personen als „briganti, vagabondi, oziosi, sospetti camorristi e sospetti manutengoli“ arrestiert¹⁹. Zwischen 1861 und 1862 sollen in Kalabrien etwa 1560 Briganten „ausgeschaltet“ worden sein, davon 1023 in der Provinz Catanzaro, 306 in Cosenza und 234 in Reggio Calabria²⁰.

In Süditalien kamen somit drei zentrale Instrumentarien der Repression zum Einsatz: die Verhängung des Ausnahmezustands, flankierende Ausnahmegesetze, die scheinbar zeitlich begrenzt sein sollten, bald aber auf Dauer gestellt wurden, und die Einrichtung von Militärtribunalen. Jede dieser Maßnahmen konnte auch isoliert auftreten, ihr Zusammentreffen verweist jedoch auf eine entsprechend höhere repressive Intensität.

3. Die Kontrolle der entstehenden Massengesellschaft: „Aufstachelung zum Klassenhaß“

Vor dem Hintergrund der Gründung der Sozialistischen Partei und der Bildung von „Camere del Lavoro“ ist die Repressionswelle der 1890er Jahre zu sehen: Schon am 1. Mai 1891 waren über 200 Angehörige der sozialistischen oder anar-

¹⁸ Vgl. dazu die nachdenklichen Bemerkungen des Leiters des Historischen Amtes des italienischen Heeres, *Riccardo Treppiccione*, *Il Brigantaggio nei documenti dell'Ufficio Storico (1860–1870)*, in: *Studi storico-militari* 1995 (Roma 1998) 103–137, hier 112.

¹⁹ Diese Zahl habe ich aus den einschlägigen Akten des Fondo Brigantaggio (G-11) im „Ufficio Storico dello Stato Maggiore dell'Esercito“ in Rom zusammengestellt (busta 71). Vor kurzem sind umfangreiche Archivführer vorgelegt worden zu den Brigantaggio-Beständen, die der intensiven Auswertung immer noch harren: *Fonti per la storia del brigantaggio postunitario conservate nell'Archivio Centrale dello Stato. Tribunali militari straordinari. Inventario a cura di Loretta De Felice*, Pubblicazioni degli Archivi di Stato. Strumenti 131 (Roma 1998); *Guida alle fonti per la storia del brigantaggio postunitario conservate negli Archivi di Stato, Pubblicazioni degli Archivi di Stato. Strumenti 139* (Roma 1999).

²⁰ So die Angabe von *Vanni Clodomiro*, *Problemi della Calabria postunitaria*, in: *Studi Piemontini* 29 (2001) 13–37, hier 19 (ohne Quellenangabe). Clodomiro selbst scheint bei dieser Zahlenangabe auf die zeitgenössische Publizistik zurückgegriffen zu haben.

chistischen Bewegung verhaftet worden. Während des Zeitraums von 1894 bis 1898 kam es zu einer höheren Zahl von politisch motivierten Exekutionen, von verhängten Gefängnisstrafen und von politischen Verhaftungen als in den fünf- und zwanzig Jahren vorher. Während der blutigen Maitage 1898 – einer Brotrevolte mit politischem Hintergrund, hervorgerufen durch die Schutzzollforderungen der etwa 150 000 italienischen Getreideproduzenten, die eine Brotteuerung nach sich zogen²¹ – verursachten die Kanonen des piemontesischen Generals Bava Beccaris allein in den Straßen von Mailand 80 tote und 450 verletzte Demonstranten, hinzu kamen 56 in anderen Teilen Italiens²². 1898 wurden zudem zahlreiche Zeitungen beschlagnahmt, Abgeordnete verhaftet, Diskussionszirkel und Vereinigungen aufgelöst. 700 Mailänder, darunter 200 Frauen und Kinder, wurden verhaftet und zum Castello Sforzesco gebracht, wo eine Serie von Prozessen vor den Spezialgerichten einsetzte.

Die staatliche Repression fiel auf dem Boden des Deutschen Reiches weit unblutiger, wenn auch nicht weniger erbittert aus als in Italien. Opfer waren neben den Katholiken, die von den Kulturkampfgesetzen getroffen wurden²³, vor allem die Sozialdemokraten in der Phase der Geltung der Sozialistengesetze 1878–1890. Im Vergleich zu den drakonischen Gefängnisstrafen, die die militärischen Spezialgerichte in Italien fällten, fielen die Haftstrafen, zu denen August Bebel 1872 im sogenannten Leipziger Hochverratsprozeß sowie im selben Jahr wegen Majestätsbeleidigung und 1877 wegen Beleidigung Bismarcks verurteilt wurde, erheblich niedriger aus. Zudem konnte Bebel die Gerichtsverhandlungen entsprechend für die Verbreitung seiner politischen Anliegen nutzen – was schon Wilhelm Liebknecht 1894 hervorhob²⁴.

Im Jahr 1898 führte allein das Mailänder *Tribunale di guerra* 129 Prozesse gegen 828 Angeklagte durch. Von diesen wurden 688 verurteilt, mithin eine Verurteilungsquote von 83 Prozent. Bei einem Drittel dieser Verurteilten handelte es sich

²¹ Zur Analyse des Produzenten-Konsumentengegensatzes im Kaiserreich s. *Christoph Nonn*, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland (Düsseldorf 1996).

²² *Adriano Dal Pont*, I lager di Mussolini. L'altra faccia del confino nei documenti della polizia fascista (Milano 1975) 33. Die zum antiösterreichischen Erinnerungsort gewordenen „cinque giornate“ in Mailand 50 Jahre zuvor hatten 350 Todesopfer gefordert.

²³ Einzelne repressive Gesetze wie z.B. der sogenannte Kanzelparagraph (§ 130a StGB) wurden von den Gerichten allerdings nur in geringem Umfang zur Geltung gebracht und waren daher weitgehend ineffizient: so das Urteil von *Ronald J. Ross*, The Failure of Bismarck's Kulturkampf. Catholicism and State Power in Imperial Germany, 1871–1887 (Washington D.C. 1998) 96 unter Hinweis auf *Manfred Scholle*, Die preußische Strafjustiz im Kulturkampf 1873–1880 (Marburg 1974). Schon 1969 wies Ernst Rudolf Huber – unter Benutzung der Dissertation von *O. Elble*, Der Kanzelparagraph (Heidelberg 1908) – darauf hin, daß zwischen 1894 und 1904 nur vier Verurteilungen aufgrund § 130a StGB ausgesprochen worden waren und schon 1906 eine Strafrechtskommission seine Aufhebung vorschlug, was allerdings erst 1953 – für die Bundesrepublik – geschah. *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV (Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969) 701.

²⁴ Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872, neu herausgegeben von *Karl-Heinz Leidigkeit* (Berlin 1960) 7.

um Minderjährige. Der Umfang der verhängten Haftstrafen belief sich durchschnittlich auf über zwei Jahre. In Florenz und Neapel wurden von den dortigen Militärgerichten gleichfalls hohe Haftstrafen verhängt²⁵. Die Anklagepunkte entsprachen dem, was seit Jahren von der ordentlichen Gerichtsbarkeit nach den Bestimmungen des Codice Zanardelli, dem 1889 eingeführten Strafgesetzbuch, gehandelt werden konnte: So beriefen sich die Militärrichter vor allem auf die Artikel 252–255 des Codice penale, d. h. auf den Vorwurf der „Beihilfe zur Aufstachelung zum Verbrechen“ und der „Aufhetzung zum Bürgerkrieg“. Artikel 248 stellte die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ unter Strafe, Artikel 246 die „Aufstachelung zum Verbrechen“. Der noch dehnbarere Artikel 247 pönalisierte die „Aufstachelung zum Klassenhaß“. Kaum präziser war Artikel 118, welcher „Vergehen gegen die Staatsmacht“ unter Strafe stellte. Artikel 247 richtete sich zudem gegen das Delikt des „Gutheissens einer Straftat“, wobei darunter in mehr als weiter Auslegung „das öffentliche Gutheissen einer Tat, die vom Gesetz als Delikt gewertet wird“, verstanden wurde – ohne daß die Tat selbst vorher begangen worden sein mußte²⁶.

Schon der Codice Zanardelli hatte mithin besondere Korsettstangen zum Schutz der gesellschaftlichen Ordnung eingezogen: Dazu zählte in erster Linie das Vergehen eines „vilipendio contro le istituzioni“ (art. 126), also die Verunglimpfung der staatlichen Institutionen, ein geradezu klassischer Staatsschutzparagraph, mit dem ein modernes *crimen laesae maiestatis* festgeschrieben wurde. Und über Artikel 247 konnten sowohl die anarchistische wie die sozialistische Agitation in umfassendem Maße kriminalisiert werden²⁷.

Wenig Gebrauch machten die Militärrichter hingegen von den repressiven Ausnahmegesetzen vom Juli 1894. Über den Straftatbestand der „Aufstachelung, Straftaten zu begehen“ sowie der „Befürwortung von Straftaten mittels der Presse“ konnte die Presse geknebelt werden (legge n. 315). Gleichfalls bedroht waren „alle Vereinigungen und Versammlungen, die zum Gegenstand haben, mittels ihres Tuns die soziale Ordnung umzustürzen“ (legge n. 316). Und aufgrund des Gesetzes n. 314 konnte ein Zwangswohnsitz verhängt werden²⁸.

Warum benötigte der italienische Staat überhaupt noch eine Ausnahmegerichtsbarkeit, da doch schon das gewöhnliche Strafrecht mit seiner sehr dehnbaren Kriminalisierung politischer Vereins- und Versammlungstätigkeit ein umfassendes

²⁵ *Umberto Levra*, Il colpo di stato della borghesia. La crisi politica di fine secolo in Italia 1896/1900 (Mailand 1975) 157f.

²⁶ So wurde der Anarchist Molinari 1894 zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt wegen „associazione a delinquere“ und „eccitamento alla guerra civile“, obwohl er bei den Unruhen in der Lunigiana gar nicht anwesend gewesen war. Er wurde verurteilt wegen öffentlicher Reden, die er zeitlich weit früher gehalten hatte und wegen seiner Tätigkeit als Redakteur des Almanacco anarchico. Die Einrichtung der Militärgerichte und die Durchbrechung des Rückwirkungsverbots wurden vom Kassationsgerichtshof gebilligt, und es wurde lediglich eine Beschwerde gegen das erstinstanzliche Urteil eingeräumt (*Cordova*, Democrazia e Repressione 29).

²⁷ *Cordova*, Democrazia e Repressione 13.

²⁸ *Levra*, Colpo 158.

Interventionsinstrument bereitstellte? Griff der italienische Staat auf Militärgerichte zurück, weil im Codice Zanardelli die Todesstrafe abgeschafft worden war? Letzteres ist unwahrscheinlich, da auch die Militärgerichte nach 1894 keine Todesurteile mehr fällten. Es darf jedoch angenommen werden, daß die Militärtribunale aufgrund ihrer juristischen Inkompetenz effizienter waren, weil ihnen das Ergebnis und die Schnelligkeit des Urteils wichtiger waren als dessen Begründung. Träfe diese These zu, so würde es sich um eine Strategie der Entprofessionalisierung in politischer Absicht handeln.

Die Willkür und die Inkompetenz der Militärjustiz waren übrigens schon den Zeitgenossen aufgefallen: So wurde dem Vorsitzenden des Militärgerichts Neapel, Colonello Mondino, in der „Rivista popolare“ Unkenntnis elementarster strafprozessualer und strafrechtlicher Regeln und insbesondere die voreingenommene Wertung von Zeugenaussagen vorgeworfen: Denn Mondino hatte erklärt, daß für ihn die „guten Zeugen“ im wesentlichen die Carabinieri und das Wachpersonal seien²⁹. Doch auch in anderen Fällen war die Inkompetenz der Militärgerichte kaum zu übersehende Absicht: Unter „Aufstachelung zum Verbrechen“ (nach Art. 246 Codice penale) verstand man beispielsweise, daß die Masse durch Reden und Geschrei zu einem „Vergehen des Aufruhrs“ gebracht werde, wobei für die Militärgerichte die Frage des unmittelbaren kausalen Zusammenhangs zwischen Reden und Revolte keine Rolle spielte.

Der bürgerlich-monarchische Staat des letzten Jahrhundertviertels wurde die Geister und die Fesseln nicht mehr los, die er selbst durch die Verfassungsbewegung – wenn auch in anderer Absicht³⁰ – geschaffen hatte. Die Vorstellung der Pressefreiheit, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit hatte sich auch in den Schichten verbreitet, deren Freiheit 1789 und 1848 *nicht* gemeint war. Der entfesselte Prometheus der Massengesellschaft konnte nur noch durch Ausnahmegesetze und Waffengewalt unter Kontrolle gebracht werden: In der politischen Programmatik hinter 1789 zurückzukehren, war unmöglich geworden. Die Honoratiorenherrschaft war ohne Ausnahmegesetze nicht mehr haltbar³¹. So wurde mittels des Justizapparats Politik betrieben und durch den Codice Penale in Verbindung mit den Gesetzen vom Juli 1894 diejenigen Unruhestifter verurteilt, denen man in stereotypisierter Form vorwarf, sie hätten, „mittels Schriften, die im Osservatore Cattolico publiziert worden sind, auf für die öffentliche Ruhe gefährliche Weise zum Haß zwischen den verschiedenen sozialen Klassen aufgestachelt;

²⁹ *Cordova*, *Democrazia e Repressione* 42f.

³⁰ Dazu für den toskanischen Adel *Thomas Kroll*, *Die Revolte des Patriziats. Der toskanische Adelsliberalismus im Risorgimento* (Tübingen 1999).

³¹ Schon Max Weber hat den Prozeß der Auflösung der Honoratiorenherrschaft durch die modernen Massenparteien im Kaiserreich wie folgt beschrieben: „Die Honoratiorenherrschaft aber in den Parteien ist außerhalb verkehrsentlegener agrarischer Gebiete mit patriarchalem Großgrundbesitz überall deshalb unhaltbar, weil die moderne Massenpropaganda die Rationalisierung des Parteibetriebs: den Parteibeamten, die Parteidisziplin, die Parteikasse, die Parteipresse und die Parteireklame zur Grundlage der Wahlerfolge macht. Die Parteien organisieren sich zunehmend straffer.“ *Max Weber*, *Parlament und Regierung*, in: *ders.*, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Tübingen 1985) 858.

Taten begangen, die darauf abzielen, gewaltsam die Verfassung des Staates und die Regierungsform umzustürzen; die Einwohner des Königreichs zu einer bewaffneten Erhebung gegen die Kräfte des Staates veranlassen wollen“³². Der Staatsschutzparagraph mußte die bürgerliche Sozialordnung retten – auch wenn dies letztlich ein unzureichendes Mittel war. Die politische Agitation der Arbeiterklasse war nicht mehr aufzuhalten, wie sich an der Entwicklung der Streikbewegung um 1900 ablesen läßt: Von 410 Streiks mit etwa 94 000 Streikenden im Jahr 1900 stieg die Bewegung 1901 auf 1671 Streiks mit 420 000 Beteiligten an. Die Repression von 1898 hatte, dies war auch vielen Industriellen klargeworden, vor allem eines bewirkt: die Sozialistische Partei und die Arbeiterligen erheblich zu stärken³³. Und ehemalige Garibaldiner wie der republikanische Parlamentsabgeordnete und Medizinprofessor in Messina, Napoleone Colajanni, verglichen bereits 1898 die Savoyerherrschaft mit dem Königreich beider Sizilien: Was die Repression angehe, so sei es in 40 Jahren Bourbonenherrschaft in Süditalien zu 2067 politischen Verurteilungen gekommen, doch im neuen Königreich Italien hätten die Militärtribunale – ohne die ordentliche Gerichtsbarkeit! – allein in wenigen Monaten des Jahres 1898 schon 2500 Bürger verurteilt³⁴. Gleichzeitig führten die zahlreichen Verurteilungen von Anarchisten, Sozialisten und Republikanern zum Zwangsaufenthalt auf süditalienischen Inseln wie Lipari zu einer ersten Welle an autobiographischer Verbannungsliteratur³⁵.

Innenpolitisch kam es seit 1894 immerhin zu einer massiven juristischen Diskussion um die Rechtswidrigkeit des Ausnahmezustands. Der Belagerungszustand im Innern war nämlich im Statuto Albertino nicht vorgesehen, ja viele Juristen gingen sogar davon aus, daß das Gewaltenteilungsprinzip des Artikels 6 – der zwar vorsah, daß die Exekutive Dekrete zur Gesetzesausführung erlassen könne, darunter aber nicht solche Dekrete meinte, in denen die Geltung von Gesetzen aufgehoben werde – einen Belagerungszustand völlig ausschlosse. Juristische Autoritäten kamen daher zu dem Schluß, daß der Ausdruck Belagerungszustand ohne jede rechtliche Bedeutung sei. Andere wiederum waren der Meinung, daß die Verfassung der Exekutive sogar ausdrücklich *verbiete*, Teile ihrer Garantien außer Kraft zu setzen. Doch die normative Kraft des Faktischen war stärker. Di Rudinì verhängte den Belagerungszustand und öffnete damit die Möglichkeit, Kriegsgerichte einzuführen – wie dies im übrigen schon Crispi 1894 in Sizilien und der Lunigiana getan hatte³⁶. Die Verfassung konnte ausgehebelt werden mit

³² *Cordova*, *Democrazia e Repressione* 98.

³³ *Amedeo Osti Guerrazzi*, *Grande industria e legislazione sociale in età giolittiana* (Torino 2000) 13 f. *Gian Carlo Jocteau*, *L'armonia perturbata* (Roma, Bari 1988).

³⁴ *Napoleone Colajanni*, *L'Italia del 1898. Tumulti e reazione* (1898), Galzerano Editore (NDr. Casalvelino 1998).

³⁵ Die beiden Bücher von *Ettore Croce*, *Nel Domicilio Coatto* (1899) und *A domicilio coatto* (1900) liegen nun in einem Band vor unter dem Titel: *Domicilio Coatto*, Galzerano Editore (Casalvelino 2000).

³⁶ So auch schon 1852 in Sassari und Tempio, 1849 in Genua (*Cordova*, *Democrazia e Repressione* 12). Wenig ergiebig zu diesem Fragekomplex hingegen *Christopher Duggan*, *Creare la nazione. Vita di Francesco Crispi* (Roma, Bari 2000).

dem Instrument des gewöhnlichen Strafrechts, nämlich mit dem Codice Zanardelli, der erst seit kurzem in Kraft war. Auch wenn dieser einige Strafrechtsmilderungen gebracht hatte, zählte das Faktum weit stärker, daß darin neue Delikte eingeführt worden waren, die auf eine Kriminalisierung der politischen Opposition hinausliefen. Es war kein Zufall, daß diese Repression zu einem Zeitpunkt stattfand, als die Wahlberechtigung zum Parlament eine Erweiterung erfuhr. Hatten 1880 nur 2,2 Prozent der Bevölkerung das Wahlrecht besessen, so war 1882 der straffe Zensus von 1860 deutlich herabgesetzt und durch persönliche Qualitäten des Bürgers ergänzt worden: Neben einer Mindeststeuersumme waren nun Schulbildung sowie Schreib- und Lesefähigkeit erforderlich. Statt 620 000 Bürgern wählten 1882 schon 2 Millionen, 1886 2,4 Millionen³⁷. In der Wahlrechtsfrage hatte das Deutsche Reich einen weniger konservativen Weg beschritten, wenn auch das Spannungsverhältnis von einzelstaatlichem Dreiklassenwahlrecht, vor allem in Preußen, und allgemeinem Männerwahlrecht im Reich die politische Kultur des Kaiserreichs³⁸ bestimmte.

Schaut man vergleichend auf das Deutsche Reich, so war das Sozialistengesetz ebenfalls als Ausnahmegesetz konzipiert worden. Es hielt sich nicht weniger als 12 Jahre lang, obwohl zwischen 1878 und 1887 nur schwer eine parlamentarische Mehrheit für das Gesetz zu finden gewesen war. Und auch das Ende des Gesetzes 1890 war nicht Ergebnis der Überzeugung, daß die Maßnahme überflüssig geworden sei. Schließlich hatte der Bundesrat im Oktober 1889 einen Entwurf für ein unbefristetes Gesetz vorgelegt. Nach Bismarcks „starrsinniger Überzeugung“ mußte der Staat nämlich mit der Sozialdemokratie, die für den Kanzler außerhalb jedes politischen Kommunikationszusammenhangs stand, „in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand bleiben“³⁹. Mit dem konservativ-nationalliberalen Kartellreichstag schien einer Verlängerung des Sozialistengesetzes nichts mehr im Weg zu stehen. Doch die Nationalliberalen, die an sich einem Dauergesetz zu-neigten, aber ihrerseits nicht dessen Opfer werden wollten, forderten im Reichstag entsprechende Modifikationen an § 22 des Sozialistengesetzes, der die Ausweisung sozialistischer Agitatoren aus ihren bisherigen Heimatwohnorten gestattete. Das Kartell spaltete sich in der Frage des Ausweisungsparagraphen⁴⁰.

Während man in Italien die Opposition mit der Wurzel auszuschalten gedachte, erhofften sich viele Befürworter des Sozialistengesetzes eine entsprechende Einwirkung auf die „vaterlandslosen Gesellen“⁴¹. Untersucht man die strafrechtliche

³⁷ Zahlen bei *Francesco Bartolotta*, *Parlamenti e governi d'Italia dal 1848 al 1970*, 2 Bde., Vito Bianco Editore (Roma 1971).

³⁸ *Thomas Kühne*, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt* (Düsseldorf 1994).

³⁹ So das Urteil von *Wolfgang Schieder*, *Bismarck und der Sozialismus*, in: *Johannes Kunisch* (Hrsg.), *Bismarck und seine Zeit* (Berlin 1992) 173–189, hier 188–189.

⁴⁰ *Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte* IV 202–208.

⁴¹ „Selbst das Sozialistengesetz zielte schließlich nicht auf das – allerdings auch im Reichstag nicht durchsetzbare – vollständige Verbot der Sozialdemokratie ab, sondern sollte neben ihrer öffentlichen politischen Versammlungstätigkeit vor allem ihre Presse zum Erliegen bringen.“ (*Schieder*, *Bismarck* 186).

Praxis im Deutschen Reich in den Jahren nach 1880, so scheint sie durchweg milder gewesen zu sein als im Italien der späten 1890er Jahre. Vor allem erlaubten die regulären Strafprozesse eine ganze andere publizistische und agitatorische Verarbeitung⁴² als die kurzen Prozesse vor den italienischen Kriegsgerichten. Außerdem gewährte selbst das Sozialistengesetz den aufgrund § 22 strafrechtlich Verurteilten den Rechtsschutz der Strafprozeßordnung⁴³.

Ähnlich wie im italienischen Fall benötigte auch die deutsche Justiz nicht unbedingt den Rückgriff auf das Sozialistengesetz⁴⁴. So standen Bebel, Auer und Genossen 1886 vor dem Landgericht Freiberg wegen Geheimbündelei nach § 128 des Strafgesetzbuchs vor Gericht, wurden von diesem Anklagepunkt sogar freigesprochen, allerdings nach § 129 StGB wegen Teilnahme an einer „gesetzwidrigen Verbindung“ verurteilt. Das Sozialistengesetz hatte insofern eine rechtskodifikatorische Bedeutung, da dort die „gesetzwidrige Verbindung“ inhaltlich definiert worden war. Schon damals hatte Ignaz Auer die in den ersten zehn Jahren des Sozialistengesetzes verhängten Freiheitsstrafen aufaddiert und in der Summe ein Strafmaß von 831 Jahren Gefängnis (U-Haft inklusive) ermittelt, was er zu 1000 Jahren aufrundete. Die italienische Repression war im Vergleich deutlich härter: Allein das *Mailänder* Militärgericht verhängte in einem einzigen Jahr, 1898, 1400 Gefängnisjahre, während gleichzeitig in Neapel – laut Colajanni – 812 Angeklagte zu 700 Jahren verurteilt wurden.

Ob dieser deutsch-italienische Vergleich ein treffendes Abbild der gesamtgesellschaftlichen justizförmigen Repression liefert, bleibt insofern fraglich, als über den repressiven Einsatz der *normalen* Strafjustiz kaum Informationen vorliegen. Diese Einschränkung gilt für Italien wie Deutschland jedoch gleichermaßen. Der Rückgriff auf die Ausnahme Gesetze war jedenfalls in beiden Staaten nur die Spitze eines Eisbergs von rechtsförmiger Repression gegen politische Opposition, die der moderne Verfassungsstaat mit schmäler politischer Spitze und hohem Kontrollbedürfnis lawinenartig losgetreten hatte⁴⁵.

⁴² Das Scheitern einer polizeilichen Unterbindungsstrategie wird quellenmäßig dicht belegt bei Reinhard Höhn, *Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Licht der Geheimberichte der preußischen Polizei 1878–1914*, Bd. I (1878–1890) (Köln, Opladen 1964).

⁴³ Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte* 1163 f.

⁴⁴ E.-R. Huber ist der Ansicht, daß das Ausnahmestrafrecht des Sozialistengesetzes eher selten zur Anwendung kam und daß sich Staatsanwaltschaften wie Gerichte stärker auf das Strafgesetzbuch stützten, wobei insbesondere § 129 (Beteiligung an einer gesetzwidrigen Verbindung) zum Einsatz kam, nicht jedoch § 17 Sozialistengesetz, mit dem die Teilnahme an einem verbotenen Verein pönalisiert wurde. Die deutschen Gerichte griffen bei der Bekämpfung der Sozialdemokraten gelegentlich aber auch auf bestimmte Sonderstrafgesetze zurück wie das Sprengstoffgesetz von 1884. Während es im ersten Septennat des Sozialistengesetzes nur zu 24 Verfahren wegen verbotener Organisationen nach StGB kam, von denen nur acht mit Verurteilungen geendet hatten, kam es zwischen 1886 und 1889 zu 55 Verfahren mit 33 Verurteilungen. In diesen Jahren verschärfter Handhabung des Sozialistengesetzes wurden 236 Angeklagte wegen Teilnahme an geheimen oder verbotenen Organisationen verurteilt.

⁴⁵ Überraschenderweise geht Raffaele Romanelli in seiner Darstellung zum liberalen Staat (*Romanelli, Il comando impossibile*) auf die Frage der Repression kaum ein. Mit der These

Eine besonders massive Waffe des Staates im Deutschen Reich war die Verhängung des sogenannten „kleinen Belagerungszustands“. Hinter diesem § 28 des Sozialistengesetzes verbarg sich vor allem eine Einschränkung der Versammlungs- und der Pressefreiheit, verbunden mit einer Kontrolle des Waffenbesitzes und der Einschränkung der Freizügigkeit. Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten war, konnte der Aufenthalt in den betreffenden Ortschaften und Bezirken verboten werden. Allerdings setzte dies voraus, daß die Landeszentralbehörden mit Genehmigung des Bundesrats Ortschaften und Bezirke als durch sozialistische Umsturzbestrebungen für gefährdet erklärt hatten. Die Ausweisungsmöglichkeit mittels dieses Paragraphen war im übrigen weit umfassender als die des § 22, der vorsah, daß strafrechtlich Verurteilte als *Nebenmaßnahme* ausgewiesen werden konnten. Der kleine Belagerungszustand des Sozialistengesetzes wurde vor allem über einige große Städte verhängt: Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt und Stettin. Da dem Reichstag darüber Rechenschaft abzulegen war, bot dies eine öffentliche Gelegenheit zur Kritik an den Regierungsmaßnahmen⁴⁶.

Wiederum erscheint das parallele italienische Instrument des „domicilio coatto“, das nicht einer Ausweisung, sondern einer zielgerichteten Deportation entsprach, als weit schärfer, und zwar sowohl in seinem potentiellen Anwendungsrahmen als auch in seiner Praxis⁴⁷. In zehn Jahren wurden insgesamt knapp 900 Ausweisungen nach § 28 Sozialistengesetz verfügt. 1888 wurde als weiteres Repressionsinstrument die Möglichkeit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit für sozialistische Agitatoren, die nach § 22 verurteilt worden waren oder die an sozialistischen Kongressen im Ausland teilgenommen hatten, diskutiert. Auch wenn diese „Expatriierungsvorlage“ am Widerstand der Nationalliberalen scheiterte⁴⁸, war damit eines der Repressionsinstrumente des „Dritten Reichs“ vorge-dacht worden.

Der Unterschied zum italienischen Belagerungszustand war mithin beträchtlich: Dort lieferten die militärischen Schnellgerichte eine juristische Waffe größerer Schärfe, größerer Schnelligkeit und geringerer Publizität. Genau dieses schwere juristische Geschütz wurde den deutschen Einzelstaaten 1870 genommen. Zwar konnte die preußische Regierung unter Rückgriff auf das Belagerungs-

eines „comando impossibile“ versucht er, die liberalen Regime vor dem Vorwurf eines scharfen zentralistischen Autoritarismus in Schutz zu nehmen und auf die Idee eines liberalen Projekts zu verweisen. Eine Überprüfung dieser These, d.h. eine Analyse von Tiefe und Schärfe der inneren Repression, bleibt aus.

⁴⁶ Dazu *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte IV 1185f.

⁴⁷ Das Polizei-Gesetz von 1889 (testo unico di p.s.) hatte das domicilio coatto als „normales“ Repressionsinstrument vorgesehen, dagegen führte Crispi das „domicilio coatto“ zusätzlich mit den Ausnahmegesetzen vom Sommer 1894 ein, die im Dezember 1895 außer Kraft traten, um dann von der Regierung di Rudini 1898 für ein weiteres Jahr wiedereingeführt zu werden. Crispi „domicilio coatto“ führte zu 387 Einweisungen, das reguläre Polizeigesetz von 1889 hingegen zu 4500 „Zwangszuweisungen“ (so *Petrini*, *Prevenzione inutile* 133).

⁴⁸ Angaben nach *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte IV 1185f.

zustandsgesetz von 1851⁴⁹ eine Reihe von Grundrechten örtlich und zeitlich begrenzt aufheben, sofern eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestand (und wie dies in Elsaß-Lothringen auch praktiziert wurde⁵⁰). Doch die Entziehung des gesetzlichen Richters durch Einsetzung von (z. B. militärischen) Ausnahmegerichten, also die Außerkraftsetzung von Art. 7 der Reichsverfassung, konnte nur über die Ausrufung des Reichsbelagerungszustands erfolgen⁵¹, zu der es in der Ära Bismarck jedoch nicht kam.

Erst am Vorabend des Ersten Weltkriegs wurde der Reichsbelagerungszustand (= Kriegszustand) nach Art. 68 Reichsverfassung ausgesprochen, wobei der Kaiser dies für das Reichsgebiet ohne Bayern tat. Für sein Territorium sprach der bayerische König auf Ersuchen des Kaisers am selben Tag eine analoge Erklärung aus⁵². Diese institutionelle Rücksichtnahme auf föderale Strukturen dürfte wesentlich zu einem unblutigeren Zusammenwachsen des neuen Kaiserreichs beigetragen haben. Versucht man, an dieser Stelle ein Resümee zu ziehen, so wird deutlich, daß zur Homogenisierung des Nationalstaats und zur Unterdrückung von politischen Unruheherden nicht nur der Polizei- und Militärapparat bemüht wurde, sondern in erster Linie die Justiz zum Einsatz kam. Um die widerspenstige Bevölkerung (in Süditalien) gefügig zu machen und um Opposition (Sozialisten, Anarchisten) mit Hilfe der Justiz auszuschalten, mußten zuerst Widerstandshandlungen kriminalisiert und dem gewöhnlichen Strafrecht unterworfen werden.

Der piemontesische Staat hatte seine französische Lektion hervorragend gelernt. Noch knapp 60 Jahre vorher waren nämlich die Piemontesen die „brigands“ gewesen, die sich von einem fremden Joch befreien wollten und von der französischen Republik als Verbrecher und Räuber kriminalisiert und verfolgt wurden. Die französische Republik hatte auch gezeigt, mit welchen Mitteln Zugehörigkeit eingefordert und politische Unterwerfung durchgesetzt werden konnte. Die Aufstellung der Carabinieri war ein Beweis für die Lernfähigkeit der piemontesischen Führung. Dieses militarisierte Polizeikorps, das nur für Aufgaben der Ruhe und Ordnung im Innern zuständig war, keine lokalen Loyalitäten und Verbrüderungen aufwies und nicht aus Rekruten bestand, denen die Nähe zur eigenen Familie vielleicht gewisse Rücksichten auferlegt hätte, war eine effiziente Invasionsstreitmacht, die vielleicht nur den einen Nachteil hatte, zu leicht als solche erkennbar zu sein und die Sprache der Bevölkerung in den neu eingegliederten Gebieten nicht zu verstehen. Aber auch in diesem Punkt hatte man von den Franzosen lernen können. Neben Einheimischen als Dolmetschern war die Nationalisierung der Führungsschichten das beste Instrument, um die Massen unter Kontrolle zu

⁴⁹ Dazu *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte III 1053.

⁵⁰ Zum „Diktaturparagrafen“ für Elsaß-Lothringen s. *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte IV 450 ff. Für Preußen wurde nur 1885 über Bielefeld der preußische Belagerungszustand verhängt, was allerdings eine juristische Debatte auslöste und dazu führte, daß Preußen danach die alleinige Reichskompetenz zur Verhängung des Belagerungszustands anerkannte (ebd. IV 1046).

⁵¹ *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte III 1029 ff.

⁵² *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte IV 1043.

bringen. Die Italianisierung der Notabeln mußte daher das zentrale Anliegen des neuen Gesamtstaates sein. Die Nationalisierung der Führungsschicht mußte der Nationalisierung der Massen vorausgehen. Die lokale Obrigkeit in Süditalien durfte keine Separatidentität oder bourbonische Nostalgien mehr aufweisen – ebenso wenig wie die piemontesischen Notabeln, die 60 Jahre vorher keine monarchisch-savoyischen Tendenzen ausdrücken durften, sondern die politische Kultur und Symbolsprache der freiheitsbringenden Republik zu übernehmen hatten⁵³.

Lag eine solche Bereitschaft zur Anpassung nicht vor, dann war bewaffnetes Einschreiten die Folge: Die bourbonischen Soldaten, die ihrem König Francesco II. im Jahr 1861 treu blieben, wurden in Kriegsgefangenenlager verbracht, die im hohen Norden, in den piemontesischen Alpentälern angelegt wurden. In Fenestrelle im Val Chisone befand sich die Festung fast auf 2000 Metern Höhe. Nach langwieriger Beförderung trafen sie dort auf die ihren Souveränen treugebliebenen Soldaten des Kirchenstaats und der kleineren italienischen Staaten⁵⁴.

Das Bismarcksche Einigungsmodell der Homogenisierung im gemeinsamen Kampf gegen den äußeren Feind hat solche Probleme nicht aufkommen lassen – sondern (z. B. mit der Entstehung der Welfenpartei oder der Bayerischen Patriotenpartei) auf die parlamentarische Ebene verlagert. Stattdessen wurde im Deutschen Reich durch den militärischen Kampf nach außen ein egalitäres Moment eingebracht, das in Italien wohl erst während des Ersten Weltkriegs seine einigende Wirkung entfalten konnte. Die entfesselte demokratisierende Dynamik seines Einigungsmodells hatte der Eiserne Kanzler – trotz aller staatsrechtlicher Betonung der Fürstenherrschaft – wohl unterschätzt. So verstärkte er diese Strömung noch durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Männerwahlrechts auf Reichsebene, um ein Instrument gegen die liberalen Notabeln an der Hand zu haben und gegebenenfalls die Instrumentalisierung der Massen betreiben zu können. Doch schon 1878 mußte sich der Zauberlehrling eingestehen, die gefährliche Substanz nicht richtig eingeschätzt zu haben. Die Büchse der Pandora sollte mit Hilfe des Sozialistengesetzes wieder geschlossen werden, allerdings mit nur mäßigem Erfolg, da die neugeschaffene politische Öffentlichkeit auf

⁵³ Zur französischen Annexion Piemonts Lutz Klinkhammer, Die Zivilisierung der Affekte. Kriminalitätsbekämpfung im Rheinland und in Piemont unter französischer Herrschaft 1798–1814, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 1998 (München 1999) 119–161.

⁵⁴ In einer scharfen antipiemontesischen Polemik, die einem neuen, inzwischen weit verbreiteten Risorgimento-Revisionismus verpflichtet ist, ergeht sich die historische Studie des Juristen Fulvio Izzo, *I Lager dei Savoia. Storia infame del Risorgimento nei campi di concentramento per meridionali*, Edizioni Controcorrente (Napoli 1999). Der Verfasser versteigt sich sogar dazu, von einem piemontesischen „Endlösungsprojekt“ zu sprechen, das darin bestanden haben soll, von der portugiesischen Regierung eine Insel überlassen zu bekommen, um – in einer Art Madagaskarplan – die süditalienischen Kriegsgefangenen dorthin in die Deportation zu schicken (ebd. 145 ff.). Ähnlich im Tenor Gerlando Lentini, *La bugia risorgimentale: il Risorgimento italiano dalla parte degli sconfitti* (Rimini 1999). Martucci, *L'invenzione dell'Italia unita*, geht gar von 40 000 neapolitanischen Kriegsgefangenen aus, die nach Norditalien verbracht worden seien.

Reichstasebene – gerade wegen ihrer Negation der Mitwirkung der Parteien am politischen Leben – nicht mehr eingeschränkt werden konnte. So war zwar die sozialistische Presse verboten worden, die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter aber war nicht zu verhindern.

Während Bismarck nach seinem Vorstoß mit der Reichsverfassung permanent die innenpolitische Bremse betätigen mußte, um die Auswirkungen der egalitären Komponente nach innen abzuschwächen und um Sozialisten und Katholiken von der Macht fernzuhalten, war die italienische Einigung gegen den Katholizismus und gegen den Süden vorgenommen worden. Ferner erforderte das unitarisch-zentralstaatliche Modell einen erhöhten Bedarf an Interessenverzicht und innerer Homogenität. Der italienische Nationalstaat schloß eine doppelte – und damit die Möglichkeit einer ambivalenten, spannungsreichen – Zugehörigkeit zu zwei Staatswesen aus: Deutscher *und* bayerischer Untertan, das ließ sich auf italienisch nur als eine Spaltung konzipieren in eine nationale staatsbürgerliche (oder in ihr Gegenteil: eine anti-nationale, süditalienische oder katholische Identität) und eine munizipale bürgerliche Identität.

4. Die Erfahrung massenhafter Repression im Ersten Weltkrieg und in der Epoche des Faschismus

Zwischen der strukturellen Gewalt des bürgerlich-monarchischen Staates einerseits und der regime-immanenten Gewalt der faschistischen Diktatur andererseits liegt der Erste Weltkrieg, der angesichts des für die Zeit des Krieges auf Dauer gestellten militärischen Ausnahmezustands kaum mit der innenpolitischen Repression in Friedenszeiten verglichen werden kann. Allerdings zeigen sich auch hier im deutsch-italienischen Vergleich signifikante Unterschiede, die ein Schlaglicht auf den jeweiligen Einsatz von Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung werfen. 5,9 Millionen Italiener waren zwischen 1915 und 1918 wehrdienstpflichtig. Angesichts einer Gesamtzahl von 7,7 Millionen Familien war nahezu jeder Haushalt von der Einberufung, aber auch von der Durchsetzung der Militärpflicht betroffen⁵⁵. Im Laufe des Kriegs kam es zu 870 000 Anzeigen vor den Justizbehörden. Zieht man circa 470 000 Anzeigen wegen Wehrpflichtverweigerung ab⁵⁶, bleiben 400 000 Anzeigen wegen Vergehen, die in Uniform begangen wurden. Mit dem Stichtag des 2. 9. 1919, dem Tag der „Amnestie für die Fahnenflüchtigen“, hatte die Militärjustiz die gigantische Zahl von 350 000 Verfahren durchgeführt, von denen 210 000 mit einer Verurteilung und 140 000 mit Freispruch beendet worden waren⁵⁷. 93 000 Soldaten aus der Etappe wurden wegen unerlaubter

⁵⁵ *Giorgio Rochat*, *Consenso e rifiuto nei soldati della Grande Guerra 1915–1918*, in: *Studi e ricerche di storia contemporanea* 28 (1999) 5–18.

⁵⁶ Davon waren nur 100 000 wirkliche Verweigerer, da 370 000 „renitenti“ als Emigranten fern der Heimat dem Gestellungsbefehl nach Italien schlicht nicht gefolgt waren.

⁵⁷ Grundlegend: *Enzo Forcella*, *Alberto Monticone*, *Plotone d'esecuzione. I processi della*

Entfernung von der Einheit verurteilt, 6000 Frontsoldaten sind wegen Desertion verurteilt worden, davon 2000 wegen Überlaufens zum Feind⁵⁸. Es kam zu zwei Gattungen von Todesurteilen: erstens die „standgerichtlichen“ Urteile an der Front, die oft ohne Gerichtsentscheidung erfolgten und Dezimierungen von ganzen Einheiten gleichkamen. Von diesem Typ sind 150 Fälle bekanntgeworden. Zweitens die gerichtlichen Todesurteile, die nach der offiziellen Statistik des Kriegsministeriums 4028 ausmachten, davon 2967 als Kontumazialurteil. Von den verbleibenden 1061 Todesurteilen wurden etwa drei Viertel (750) vollstreckt⁵⁹. Über die 62 000 Zivilisten, die von den Militärgerichten – vor allem wegen ihrer Unterstützung für Deserteure – verurteilt wurden, gibt es bis heute fast keine Informationen. Auch die Tätigkeit der insgesamt 117 Militärgerichte im Ersten Weltkrieg wurde bis heute nicht systematisch analysiert⁶⁰ – wenn man von den statistischen Untersuchungen absieht, die Guglielmo Tagliacarne 1921 und Giorgio Mortara 1927 im Auftrag des Kriegsministeriums vornahmen und die bis heute die einzigen zuverlässigen Gesamtzahlen darstellen⁶¹. Für die faschistische Geschichtsschreibung blieb der Erste Weltkrieg das große Heldenepos, für die antifaschistische Geschichtsschreibung nach 1945 der letzte „gesunde Krieg“. So konnte es dazu kommen, daß erst Giovanna Procacci 1993 die Aufmerksamkeit auf die enorme Zahl von 100 000 italienischen Kriegsgefangenen gelenkt hat, die in österreichischen und deutschen Lagern Hungers gestorben und von der Nation völlig vergessen worden waren⁶².

Im Deutschen Reich hingegen wurden während des Ersten Weltkriegs 141 Todesurteile von Zivilgerichten gefällt, davon 94 vollstreckt. Kriegsgerichte erkannten in insgesamt 150 Fällen auf Todesstrafe, davon in 32 Fällen wegen Mordes.

Prima Guerra Mondiale (Bari 1968) XVI. Ein Beispiel für die Willkür einer solchen standrechtlichen Erschießung, in diesem Fall wegen Befehlsverweigerung, da die Soldaten dem Befehl ihrer Offiziere, in den Tod zu stürmen, nicht nachgekommen und stattdessen eine aus Ortskenntnis resultierende militärisch sinnvollere Alternative vorgeschlagen hatten, rekonstruiert *Maria Rosa Calderoni*, *La fucilazione dell'alpino Ortis, Mursia* (Milano 1999).

⁵⁸ *Antonio Gibelli*, *La Grande Guerra degli Italiani, 1915–1918* (Milano 1998) 114. Zu Phänomen und Gründen der Desertion jetzt die mit Prozeßakten arbeitende Detail-Analyse von *Bruna Bianchi*, *La follia e la fuga. Nevrosi di guerra, diserzione e disobbedienza nell'esercito italiano (1915–1918)*, Bulzoni (Roma 2001) besonders 159–337 mit statistischer Auswertung auf der Basis eines unsystematischen Samples von 1281 Desertionen (zum Sample: ebd. 207 f.).

⁵⁹ *Gibelli*, *Grande Guerra* 123.

⁶⁰ *Bianchi*, *Follia* 291, 221.

⁶¹ *Bianchi*, *Follia* 160 f. u. 210. Mortara wurde seine Mühe nicht gedankt, mit den antisemitischen Gesetzen von 1938 verlor er seine Professur und emigrierte nach Brasilien. Dazu: *Elisa Signori*, *Le leggi razziali e le comunità accademiche. Casi, problemi, percorsi nel contesto lombardo*, in: *Una difficile modernità. Tradizioni di ricerca e comunità scientifiche in Italia 1890–1940* (Pavia 2000) 431–486.

⁶² *Giovanna Procacci*, *Soldati e prigionieri italiani durante la Grande Guerra* (Roma 1993, NDr. Torino 2000) sowie *dies.*, *Dalla rassegnazione alla rivolta. Mentalità e comportamenti popolari nella Grande Guerra* (Roma 1999). Zur Rezeption dieser Forschungen vgl. das Interview von *G. Procacci* in der Zeitung *Unità* vom 5. 6. 2000.

Hingerichtet wurden 48 der 150 Verurteilten⁶³. Die italienische Repression gegenüber den eigenen Soldaten war mithin um ein Vielfaches höher als im Deutschen Reich.

Angesichts der traumatisierenden Erfahrung des Ersten Weltkriegs könnte man versucht sein zu fragen, ob der Faschismus nicht trotz seines repressiven Charakters – im Vergleich zu den Verlusten und zur Militärgerichtsbarkeit im Krieg – überwiegend als Rückkehr zur Normalität empfunden wurde. Kann man den inneritalienischen Bürgerkrieg der Jahre 1919 bis 1922 mit seinen 3–4000 Toten (von denen 2–3000 den Sozialisten und 637 den militanten Faschisten zuzurechnen waren⁶⁴) vielleicht noch dem Ausnahmezustand des Krieges zuordnen, so gilt dies nicht mehr für die Jahre nach der Durchsetzung der faschistischen Diktatur ab 1926. Nachdem die Machtergreifung des Faschismus über eine umfassende Amnestieregelung für die Bürgerkriegsjahre auch juristisch flankiert worden war, kam es zur Einführung von einschneidenden AusnahmeGesetzen (*Testo unico delle leggi di Pubblica Sicurezza*, 1926) und eines neuen Strafgesetzbuches: Der *Codice Rocco* brachte eine Reihe von Verschärfungen mit sich, auch wenn die faschistische Strafjustiz auf die Instrumente des „liberalen“ Staates⁶⁵ zurückgreifen konnte. Das neu eingeführte „*Tribunale speciale per la Difesa dello Stato*“, mit dem die 1888 abgeschaffte Todesstrafe wiedereingeführt wurde⁶⁶, stand in direk-

⁶³ Deutsche Zahlen nach *Eberhard Kolb*, Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im NS-System, in: *K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen* (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz (Bonn 1983) 270–284, der explizite Vergleich zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg hier 281 (unter Verweis auf *Wagner*, Volksgeschichte). Ein Hinweis auf die Todesurteile in einigen europäischen Armeen im Ersten Weltkrieg bei *Rochat*, *Consensus* 15.

⁶⁴ Zahlen nach *Alberto Banti*, *Storia della borghesia italiana. L'età liberale* (Roma 1996) 337, unter Rückgriff auf *Emilio Gentile*, *Storia del Partito fascista 1919–1922* (Roma, Bari 1989) 493 f. – Zur Gewalt in der Weimarer Republik: *Dirk Schumann*, Der aufgeschobene Bürgerkrieg: sozialer Protest und politische Gewalt in Deutschland 1923, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 44 (1996) 526–544. *Ders.*, Gewalt als Grenzüberschreitung: Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 37 (1997) 366–386, sowie *ders.*, Politische Gewalt in der Weimarer Republik: Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Essen 2001).

⁶⁵ Das in der Reihe „*Storie d'Italia*“ im Verlag Sansoni erschienene Buch von *Roberto Mar-tucci*, *L'invenzione dell'Italia unita 1855–1864* (Milano 1999) war ursprünglich unter dem Titel „*L'Italia illiberale*“ angekündigt worden. In der jetzigen Ausgabe findet sich dieser Begriff nicht mehr, von den behandelten Themen her läßt sich der Band jedoch als anti-risorgimental bezeichnen. Aus entgegengesetzter Perspektive: *Alfonso Scirocco*, In difesa del Risorgimento (Bologna 1998), der es für falsch hält, aus der Retrospektive, im Wissen um den Faschismus, dem Risorgimento den „Prozeß“ zu machen: Die patriotische Sprache, die Denkmäler usw. zeugten vom Enthusiasmus der Zeitgenossen und konnten nicht bloße Propaganda gewesen sein (ebd. 184).

⁶⁶ Von 1926 bis 1943 wurden vom Spezialgericht 4596 Prozesse gegen ca. 5600 Angeklagte geführt. 47 Todesurteile wurden verhängt. Von 978 Prozessen nach 1941 betrafen 131 Slowenen und Kroaten, gegen die 36 Todesurteile verhängt (und 26 davon vollstreckt) wurden: Zahlen bei *Claudio Schwarzenberg*, *Diritto e giustizia nell'Italia fascista* (Milano 1977) 88 f. Zur Geschichte einzelner Hingerichteter s. *Enzo Magri*, *I fucilati di Mussolini* (Milano 2000). Weitau radikaler waren jedoch die Spezialgerichte in den italienisch besetzten Gebieten.

tem Bezug zu den Militärgerichten des Belagerungszustands mit ihrer Entprofessionalisierung in politischer Absicht: Auch das faschistische Spezialgericht bestand nicht aus Berufsrichtern, sondern aus Armeeoffizieren bzw. faschistischen Milizführern sowie einem Militärrichter⁶⁷. Der „confinio di polizia“ hatte einen Vorgänger in der Legge Pica gegen die Briganten mit ihrer Möglichkeit, einen Wohnsitz zwangsweise zuzuweisen. Der Faschismus verstetigte den früheren Ausnahmefall, er machte das zur Regel, was eine – wenn auch häufig angewandte – Ausnahme gewesen war. Die Notbremse der Bourgeoisie wurde zum „normalen“ Herrschaftsinstrument⁶⁸. Die Dichotomie von juristischer Theorie, die am Normalfall orientiert blieb, und der Praxis des Ausnahmezustands wurde aufgehoben und im Codice Rocco zugunsten der Repression unifiziert⁶⁹. Die früher fallweise definierte Gefahr, die von den „classes dangereuses“ ausging, wurde in der fortgeschrittenen Massengesellschaft auf all diejenigen ausgedehnt, die es dem cäsaristischen Regime an Gefolgschaft missen ließen. Die neuen „gefährlichen Klassen“ waren diejenigen, die sich nicht für das Regime mobilisieren ließen. Bezeichnenderweise sollten auch diese Ausnahmegesetze, die rückwirkende Geltung erhielten, nur vorübergehend in Kraft sein, maximal fünf Jahre. Faktisch blieben sie bis zum Sturz des Faschismus erhalten. Der liberale Staat hatte das Sicherheitsventil der Emigration beibehalten. Der nationalfaschistische Staat wollte eine Abstimmung mit den Füßen gegen die Gefolgschaftspflicht nicht mehr zubilligen. So wurde 1926 mit den Sicherheitspolizeigesetzen auch die Deliktfigur der Staatsflucht eingeführt (und zwar sowohl als „espatrio abusivo“ wie als „tentativo di espatrio“), die jedoch nur im Fall von politischen Motiven strafbar war, da man nur darin eine Schädigung der übergeordneten nationalen Interessen sah⁷⁰. Es ging also vornehmlich darum, eventuelle antifaschistische Aktivitäten von Emigranten im Ausland zu verhindern und Regimegegner unter permanenter polizeilicher Kontrolle zu behalten. Über die Strafgesetze hinaus war der Polizei seit 1926 die Möglichkeit eingeräumt worden, praktisch unbegrenzt gegen potentielle Feinde des Faschismus, die über das Strafrecht nicht belangt werden konnten, vorzugehen. Die Repression wurde zur Präventivmaßnahme – ein Charakteristikum diktatorischer Repression⁷¹. Im Gegensatz zur Repression bourgeoisier Regime

⁶⁷ *Neppi Modona, Pelissero*, *Politica criminale* 770 u. 776. Es handelt sich dabei um eine Militarisierung der politischen Justiz, ein Phänomen, das bis heute bestimmte Kontinuitätselemente aufweist, z.B. im Fall der in Italien geführten Kriegsverbrecherprozesse.

⁶⁸ Zur strafrechtlich-repressiven Kontinuität zwischen liberalem und faschistischem Staat s. *Luciano Violante*, *Delinquere, perdonare, punire*, in: *Storia d'Italia. Annali 12: La criminalità*, a cura di Luciano Violante (Torino 1997) XVII–XXXIX, hier XXXIV f.

⁶⁹ Zur Genese der Sicherheitsgesetze s. *Alberto Acquarone*, *L'organizzazione dello Stato totalitario* (Torino 1965) 95 ff. sowie die überzeugende Analyse von *Guido Neppi Modona, Marco Pelissero*, *La politica criminale durante il fascismo*, in: *Storia d'Italia. Annali 12: La criminalità*, a cura di Luciano Violante (Torino 1997) 757–847.

⁷⁰ Artikel 160 lautete: „Chi, senza averlo chiesto e ottenuto, abbandoni il territorio dello Stato, commette un fatto illecito, in quanto nega e disconosce la sua subjectio alla sovranità dello Stato stesso.“ (*Neppi Modona, Pelissero*, *Politica criminale* 773).

⁷¹ Auch wenn der juristische Vorschlag, präventive Sicherungsmaßnahmen ins Strafrecht

wurde im Faschismus der Kreis von Prävention und Repression geschlossen, indem die Repression schlicht zur Prävention erklärt und damit der reaktive Charakter der Repression praktisch außer Kraft gesetzt wurde.

Diese Lektion in Sachen Repression mußte in Deutschland, wo man weder das klassische Instrument des „domicilio coatto“ noch die Rechtsfigur der Verbanung, des „bagno penale“ oder der Strafkolonie kannte, erst noch gelernt werden – was mit der NS-Machtergreifung in ungeahnter Geschwindigkeit geschah. Vor 1933 hatten die Behörden des Reiches versucht, die politischen Gegner von dem angeblichen Gefahrenort *wegzubringen*, ohne sie deswegen an einen bestimmten Ort *hinzubringen*, also zu deportieren. Ausweisung⁷², Vertreibung oder Ausbürgerung waren die Ziele gewesen, nicht die Schaffung von Straflagern. Dies änderte sich mit der Einrichtung der nationalsozialistischen Konzentrationslager, die eine extrem verschärfte Form der Zuweisung eines Zwangswohnsitzes darstellten. Auch die Ghettoisierung und die Deportation in ungastliche Gegenden oder auf unwirtliche Inseln gehörten in die Maßnahmengruppe des „domicilio coatto“. In diesem Sinne stellte der faschistische „confinio di polizia“ eine Vorwegnahme der nationalsozialistischen „Schutzhaft“ bzw. der Verbringung in Konzentrationslager dar.

Allerdings radikalisierte sich das NS-Regime weit schneller als der italienische Faschismus, der eine dauerhaftere Verbindung mit den traditionellen Machteliten und der katholischen Kirche eingegangen war⁷³. 1934 gab es in Italien 839 „confinati politici“, Ende 1937 waren es 2250, 1941 stieg die Zahl auf 3100, von denen viele in Pisticci, Ventotene oder Tremiti interniert wurden. Zum Jahresende 1940 hatte das Innenministerium eine Personenkartei mit über 12000 Einträgen von ex-

aufzunehmen, erstmals 1893 in dem Entwurf für ein Schweizer Strafgesetzbuch auftauchte: dazu aus rechtshistorischer Sicht *Davide Petrini*, *La prevenzione inutile. Illegittimità delle misure praeter delictum* (Napoli 1996) 147.

⁷² Die Massenausweisungen von Polen mit russischer oder österreichischer Staatsbürgerschaft aus den preußischen Ostprovinzen 1885 (vgl. *Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte* IV 486) war eine polizeiliche Maßnahme, die sich gegen als unerwünscht angesehene Ausländer richtete und insofern mit dem Confinio für politische Gegner kaum zu vergleichen ist.

⁷³ Dazu auch *Dipper*, *Italien und Deutschland* 499. Viele Themenkomplexe werden jedoch erst seit kurzer Zeit wissenschaftlich intensiver erforscht, wie z. B. das Massenphänomen der Denunziation im faschistischen Italien. M. Franzinelli hat jüngst eine Studie zum Denunziantentum vorgelegt, die vor allem auf Polizeiberichte und Briefe zurückgreift. Dabei werden die denunzierenden Briefe nach Prozentzahlen auf ihren Inhalt ausgewertet, ohne daß der Leser eine Gesamtzahl der untersuchten Briefe mitgeteilt bekäme (*Mimmo Franzinelli*, *Delatori. Spie e confidenti anonimi: l'arma segreta del regime fascista* (Milano 2001) 10f.) Im Vergleich von OVRA mit Gestapo und NKVD kommt Franzinelli gar zu dem Ergebnis, daß man angesichts des unterschiedlichen Grads an Mitarbeit in der Bevölkerung (die Nazi-Denunzianten hätten ihre Briefe mehrheitlich unterschrieben, die italienischen seien weitgehend anonym geblieben) auch bedenken müsse, daß Italien schließlich „vor dem Faschismus 60 Jahre in einem liberalen Systems verbracht habe, während dem Nationalsozialismus Jahrzehnte von zentralistisch-autoritärer (!) Tradition vorausgegangen seien und dem Sowjetkommunismus eine jahrhundertelange zaristische Herrschaft“ (ebd. 16).

confinati erstellt, bis Juli 1943 kamen weitere 2000 hinzu. Die Kategorie der archivmäßig nachweisbaren „confinati“ umfaßte 16786 Personen⁷⁴.

In Preußen hingegen wurden – nach der Ermächtigung mittels der Reichstagsbrand-Verordnung – bereits im März und April 1933 mindestens 25000 Personen in „Schutzhaft“ genommen. Das Preußische Innenministerium rechnete im Sommer 1933 mit einer Dauerzahl von 10000 politischen Häftlingen. Die Polizei konnte selbständig entscheiden, ob die Schutzhaft-Häftlinge in ein Konzentrationslager verbracht oder der Justiz überstellt werden sollten. 1939 betrug die Zahl der Konzentrationslagerhäftlinge etwa 25000, Anfang 1942 waren es knapp 100000 Personen⁷⁵. Reichstagsbrand-Verordnung, Heimtücke-Verordnung und Hochverratsjustiz lieferten in NS-Deutschland ein umfangreiches Instrumentarium zur Ausschaltung politischer Gegner. Bereits 1933 wurden fast 10000 Personen wegen politischer Vergehen rechtskräftig verurteilt⁷⁶. Die zivilen Strafgerichte verhängten während des Dritten Reiches über 16000 Todesurteile.

Auch in der Ausgrenzung angeblicher „innerer Feinde“ und „rassisch“ definierter Minderheiten zeigte sich das NS-Regime sehr schnell weit radikaler als der Faschismus. Das Reichsbürgergesetz, das Gesetz zum „Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sowie das Rassenschandegesetz mit ihren späteren zahllosen Aus- und Durchführungsbestimmungen schufen schon 1935/36 eine rechtsförmige Grundlage für die Ausgrenzung der jüdischen Deutschen, während die faschistische Forderung nach „Reinheit der italienischen Rasse“ erst 1937/38 eine gesetzliche Ausgestaltung erfuhr.

Die totalitäre Entwicklungslinie des Regimes wies in Italien die gleichen Charakteristika auf wie in Deutschland (Ausschaltung politischer Gegner, Ausgrenzung stigmatisierter Mitbürger, Faschismus als politische Religion usw.), jedoch nicht die gleiche Geschwindigkeit. Der eigentliche qualitative Sprung erfolgte in Italien wie in Deutschland mit der Entfesselung des Krieges⁷⁷. Auch das faschisti-

⁷⁴ Analyse der Zahlen bei *Petrini*, *Prevenzione inutile* 155; die erhaltenen Personalakten aller „confinati“ sind in vier Bänden veröffentlicht worden von *Adriano Dal Pont, Simonetta Carolini* (Hrsg.), *L'Italia al confino. Le ordinanze di assegnazione al confino emesse dalle Commissioni provinciali dal novembre 1926 al luglio 1943*, 4 Bde. (Roma 1983). Ein guter Überblick über den Forschungsstand zu diesem Thema bietet *Costantino Di Sante*, *L'internamento civile nell'Ascolano e il campo di concentramento di Servigliano 1940–1944* (Ascoli Piceno 1998).

⁷⁵ Zur Schutzhaft *Kolb*, *Maschinerie des Terrors* 277f. mit Verweis auf die Zahlenangaben von M. Broszat. Die Kategorien der zu Inhaftierenden wurden allerdings beständig erweitert.

⁷⁶ *Kolb*, *Maschinerie des Terrors* 279.

⁷⁷ Während des Kriegs kam es zur extremen Ausweitung der (legalen) Möglichkeiten zur Verhängung von Todesstrafen. Die Ausweitung der Delikte, die mit Todesstrafe geahndet wurden, funktionierte über die häufigen Modifikationen an der sog. Kriegssonderstrafrechtsverordnung, die im Laufe des Krieges mehrfach novelliert wurde. § 5a KSSVO erlaubte ab Kriegsbeginn die Anwendung der Todesstrafe, wenn es die Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherheit der Truppe erforderten – Schlüsselbegriffe erzwungener Gefolgschaft. Entsprechend der KSSVO für den militärischen Bereich wurden auch für die Zivilbevölkerung besondere Kriegsstrafgesetze erlassen. Die Ausweitung todeswürdiger Straftatbestände war beträchtlich.

sche Regime entfaltete sein Repressionspotential, dem Nationalsozialismus hierin vergleichbar, in weit stärkerem Maße gegenüber den Bevölkerungen der besetzten und annektierten Territorien. Die italienische Forschung zu diesem Themenkomplex steckt, auch wegen Problemen des Quellenzugangs, noch in den Anfängen⁷⁸. Zahlen zur italienischen Repressionspolitik sind daher vorläufig. In Libyen wurden 100 000 Einwohner in das Landesinnere deportiert und dem Verhungern in Konzentrationslagern preisgegeben⁷⁹, in Italien selbst wurden Tausende von Bewohnern besetzter Gebiete (v.a. Slawen) und von Juden in italienischen Konzentrationslagern interniert⁸⁰, in Slowenien starben etwa 10 000 Einwohner (bei einer Bevölkerung von 330 000) durch die Hand der Besatzungsmacht⁸¹, eine Todesquote, die die NS-Besatzungsmacht in Italien zwischen 1943 und 1945 in keiner Provinz verursacht hat und die auch im deutsch besetzten Frankreich zwischen 1940 und 1944 nicht erzielt worden sein dürfte⁸².

Werfen wir noch einen abschließenden Blick auf die Ausnahmegerichtsbarkeit während des Krieges: Vertraut man den Zahlen für den Zweiten Weltkrieg nach der offiziellen Wehrmacht kriminalstatistik, so fanden in circa fünf Kriegsjahren (ohne die Verfahren vor dem Reichskriegsgericht) rund 630 000 kriegsgerichtliche Verfahren statt⁸³ – eine relativ gesehen weit geringere Zahl als in der italienischen

⁷⁸ Eine Bilanz der Forschung zu einem wichtigen Teilbereich italienischer Besatzungsherrschaft bei *Brunello Mantelli*, Die Italiener auf dem Balkan 1941–1943, in: *Dipper, Klinkhammer, Nützenadel* (Hrsg.), Europäische Sozialgeschichte 57–74. Jetzt auch *Davide Rodogno*, *Il nuovo ordine mediterraneo* (Torino 2003).

⁷⁹ *Angelo Del Boca*, *Gli italiani in Libia dal fascismo a Gheddafi* (Bari, Rom 1988) 183.

⁸⁰ Dazu *Simonetta Carolini*, „Pericolosi nelle contingenze belliche“. Gli internati dal 1940 al 1943 (Roma 1987). Eine Karte der Lager und eine Einführung in den Kontext der „ethnischen Säuberungen in der ‚Provinz‘ Lubiana“ bei *Carlo Spartaco Capogreco*, *Renicci. Un campo di concentramento in riva al Tevere* (Cosenza 1998) Abb.1 und 13 ff. Jetzt auch *ders.*, *I campi del Duce* (Torino 2004). Zu dem berühmtesten dieser Lager s. *Tone Ferenc*, *Rab – Arbe – Arbissima. Confinamenti – rastrellamenti – internamenti nella provincia di Lubiana 1941–1943. Documenti* (Ljubljana 2000).

⁸¹ Die Zahl von 10 000 Toten nennt *Richard J. B. Bosworth*, *The Italian dictatorship* (New York 1998) 4, auf der Basis der Angaben von John Walston. Die detaillierteste Darstellung – eine reine Quellendokumentation – zu italienischen Tötungshandlungen im italienisch annektierten Slowenien wurde vorgelegt von *Tone Ferenc*, „Si ammazza troppo poco“. *Condannati a morte – ostaggi – passati per le armi nella provincia di Lubiana 1941–1943. Documenti* (Ljubljana 1999).

⁸² Ein Vergleich der Besatzungspolitik des NS-Staats in verschiedenen Ländern in *Lutz Klinkhammer*, Grundlinien nationalsozialistischer Besatzungspolitik in Frankreich, Jugoslawien und Italien, in: *Christof Dipper, Rainer Hudemann, Jens Petersen* (Hrsg.), *Faschismus und Faschismen im Vergleich*. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag (Vierow 1997) 183–213.

⁸³ *Manfred Messerschmidt, Fritz Wüllner*, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende (Baden-Baden 1987), sehen die offizielle Wehrmachtsstatistik als lückenhaft an, da darin wohl nur die vollstreckten Todesurteile erfasst wurden, und gehen von ca. 50 000 Todesurteilen aus. Auch *Franz W. Seidler*, Das Justizwesen der Wehrmacht, in: *H. Poeppel u.a.* (Hrsg.), *Die Soldaten der Wehrmacht* (München 1998) 361–404, urteilt, daß die Kriminalstatistik der Wehrmacht unvollständig ist und schließt mittels Hochrechnung auf eine Gesamtzahl von 15 000 bis 30 000 (eine enorme Spanne!) Todesurtei-

Armee im Ersten Weltkrieg, denn es ist zu berücksichtigen, daß bis 1945 fast 20 Millionen Uniformträger in den deutschen Streitkräften agierten, darunter fast zwei Millionen Ausländer. Über die entsprechende italienische Militärgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg fehlt es bislang an Studien⁸⁴ – auch wegen der Unzugänglichkeit des einschlägigen Archivfonds im Militärarchiv des Heeres.

Trotz der strukturellen Ähnlichkeit der Ausnahmejustiz war im faschistischen Italien die Zahl der verhängten Todesstrafen bei weitem niedriger als in NS-Deutschland. Während für die Zeit bis 1939 die beiden Regime faschistischen Typs eine Reihe von systemischen Analogien aufwiesen, die von der internationalen Geschichtswissenschaft ebenso betont werden wie sie von weiten Teilen der italienischen, insbesondere der konservativen und liberaldemokratischen, Forschung beiseite gewischt werden⁸⁵, stößt für die Zeit des Zweiten Weltkriegs mit der Realisierung des Mords an den europäischen Juden der Vergleich zwischen Deutschland und Italien an seine Grenzen. Zu unterschiedlich waren Quantität und Qualität der mörderischen Repression. Eine Ähnlichkeit läßt sich allenfalls in einigen Bereichen der Besatzungspolitik und der „Partisanenbekämpfung“ erkennen, sofern man die NS-Politik im besetzten West- und Nordeuropa zum Maßstab nimmt. Daß Italien „glücklicherweise keine Konzentrationslager gekannt habe“, wie Italiens Präsident Cossiga bei seinem Staatsbesuch in Deutschland 1990 verlautbarte, ist Teil eines dauerhaften italienischen Mythos, der die eigene Repressionspolitik nach innen und außen über dem antifaschistischen Kampf gegen NS-Deutschland „vergessen“ hat. Ein Großteil der italienischen Elite hat sich

len. In weiteren 23 000 kriegsgerichtlichen Verfahren erfolgte die Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe. Etwa 84 000 Verfahren endeten mit Gefängnisstrafen von 1–15 Jahren. In weiteren 84 000 Verfahren wurden Gefängnisstrafen zwischen 6–12 Monaten verhängt, während 230 000 Mann Gefängnisstrafen unter 6 Monaten erhielten. In rund 177 000 Fällen wurde eine Arreststrafe verhängt. Das Tribunal bestand nach Kriegsstrafverfahrensordnung aus einem Militärjustizbeamten, der vorher kein Richter gewesen sein mußte, aus einem Offizier und einem Militär im Rang des Angeklagten. Jurist und Offizier konnten daher praktisch das Urteil auch ohne Zustimmung des Dritten festlegen. Das Gros der Todesstrafen wurde wegen Fahnenflucht verhängt. Von 13.500 Verurteilten wegen Fahnenflucht erhielten 6000 die Todesstrafe (*Seidler*, Justizwesen 377–380, 382 f., 385, 364).

⁸⁴ Eine Ausnahme stellt *Ferenc*, Si ammazza, dar. Im Jahr 2000 sind im Archivio Centrale dello Stato durch die Militärjustiz Tausende von Aktenfaszikeln deponiert worden, die Prozesse und Ermittlungen vor den italienischen Militärgerichten gegen die Einwohner der italienisch okkupierten Zonen in Jugoslawien und Griechenland betreffen und die demnächst zur Auswertung freigegeben werden.

⁸⁵ Dieses Nicht-Wahrnehmen-Wollen hängt eng mit der Ausgestaltung der eigenen Kriegserinnerung und politisch instrumentalisierten Selbststilisierungen zusammen. Vgl. zu diesem Komplex z. B. *Filippo Focardi*, „Bravo italiano“ e „cattivo tedesco“: riflessioni sulla genesi di due immagini incrociate, in: *Storia e Memoria* 5 (1996) 55–83. Für die angelsächsische Forschung ist der deutsch-italienische Diktaturenvergleich, gegen den sich Renzo De Felice (auch in Unkenntnis der deutschen Sprache) so vehement gewandt hat, zum Standardthema geworden: vgl. z. B. *Paul Brooker*, *The Faces of Fraternalism: Nazi Germany, Fascist Italy and Imperial Japan* (Oxford 1991); *Alexander J. De Grand*, *Fascist Italy and Nazi Germany: The „Fascist“ Style of Rule* (London, New York 1995); *Aristotle A. Kallis*, *Fascist Ideology. Territory and Expansionism in Italy and Germany, 1922–1945* (London, New York 2000).

selbst nach 1945 die Absolution für die Katastrophen der eigenen Nationalgeschichte erteilt⁸⁶. Wie massiv die politische Repression im Faschismus war, davon legt nicht zuletzt die Abrechnung bei Kriegsende ein blutiges Zeugnis ab. Nach Hans Wollers überlegter Analyse wurden circa 15 000 Menschen Opfer der wilden Säuberungen bei Kriegsende⁸⁷. Die Ausnahmejustiz der außerordentlichen Schwurgerichte richtete sich nun gegen die ehemaligen Exponenten der Repression selbst.

Die Republik brach in beiden Staaten radikal mit der faschistischen Repression, ließ jedoch weiterhin vereinzelte Rückgriffe auf Elemente der „liberalen“ Tradition zu. Mit dem Szenarium wechselten auch die politischen Akteure: Seit 1948 richtete sich der innergesellschaftliche Druck in Deutschland wie Italien, die nun beide unter christdemokratischer Vorherrschaft standen, gegen die kommunistische politische Kultur im eigenen Land. Unter geistiger Leitung des Vatikans wurde ein „Kreuzzug der Heimkehr“ (Pius XII.) in den Schoß katholischer Moral und Gesellschaftskultur ausgerufen, der mit dem Kampf gegen eine als Bedrohung empfundene kulturelle Amerikanisierung verbunden wurde⁸⁸. In der Bundesrepublik wurde das kommunistische Milieu der unmittelbaren Nachkriegsjahre erfolgreich marginalisiert und mit dem Bannstrahl des Parteiverbots belegt⁸⁹. Während die Spiegel-Affäre 1962 einen Wendepunkt bedeutete, so wurde in der Geschichte der italienischen politischen Repression im Sommer 1960 eine markante Zäsur erreicht: Die Manifestationen gegen Ministerpräsident Tambroni in Genua waren ein Beispiel für den nunmehr *erfolgreichen* Druck der Demonstranten gegen die Regierungspolitik⁹⁰. Seitdem geht es nicht mehr um offene staatliche Repression, sondern um Verantwortung für politischen Terrorismus, um Verschwörung und Staatsstreichpläne, um Unterwanderung und kalkulierte „strategia della tensione“.

⁸⁶ Wer an dieser Konstruktion rüttelt, wird als Nestbeschmutzer beargwöhnt und kann wegen Verunglimpfung der Institutionen („vilipendio“) vor Gericht gestellt werden. Der Codice Rocco besteht – trotz zahlreicher Ergänzungsgesetze – als Ruine des materiellen Strafrechts weiterhin fort, da eine umfassende Strafrechtsreform gescheitert ist. Die Abschaffung des „vilipendio“-Delikts wird immer mal wieder öffentlich diskutiert – denn die Lega Nord hat ein Interesse daran, ungestraft die Symbole des Nationalstaats in Frage stellen zu können.

⁸⁷ Hans Woller, Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948 (München 1996).

⁸⁸ Der Vf. bereitet zu diesem Thema eine Studie vor.

⁸⁹ Zur Nachwirkung der faschistischen Einheitspartei auf die deutsche Parteienrechtslehre vgl.: Susanne Benöhr, Die Parteienstaatslehre von Gerhard Leibholz im Spiegel des faschistischen Verfassungsrechts, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 81 (2001) 504–528.

⁹⁰ Gleichzeitig leiteten sie eine (kurze) Phase der friedlichen Proteste ein, um seit 1969 einem um so massiveren politischen Terrorismus Platz zu machen. Waren zwischen 1948 und 1962 noch 95 Italiener bei Demonstrationen aufgrund des Einsatzes von Feuerwaffen durch die Polizei gestorben, so gab es zwischen 1963 und 1967 keinen einzigen Toten bei Manifestationen.